

Kapitel 8: Die berufliche Erstausbildung zwischen Wettbewerbsfähigkeit, sozialen Ansprüchen und Lifelong Learning – eine Policy Analyse

Abschnitt 2.2

Web-Dokument 8.5

Berufsbildungspolitik: Wichtige rezente Veränderungen in Österreich

Lorenz Lassnigg

In Österreich wurden in den letzten Jahren im Bereich der Berufsbildung einige Entscheidungen getroffen, die nach jahrzehntelangen oft heftig geführten Auseinandersetzungen wesentliche Veränderungen mit sich bringen.

Box 1: Übersicht über die wichtigsten österreichischen Politik-Ansätze seit 2002

Sozioökonomische Herausforderungen

- Globalisierung: Außenwirtschaftsstrategie
- Technologie: Frauen in Technik (FIT), Mädchen und Technik (mut)
- Demografie: Interkultureller Dialog
- Ökologie: Bildung für nachhaltige Entwicklung

Bewältigung der Krise

- Kurzarbeit mit Qualifizierung
- Pakt für Lehrlinge

Europäisierung

- NQR-Pilot-Projekte
- ECVET-Implementierung
- Umsetzung der EQAVET-Empfehlung

Verbindung Berufsbildung-Arbeitsmarkt

- Handbuch Regionale Bildungsbedarfsprognosen
- Modularisierung der Lehrlingsausbildung, vorher Hybrid- und Gruppenlehrberufe
- Standing Committee zum Qualifikationsbedarf

Chancengleichheit, soziale Gerechtigkeit und aktive Staatsbürgerschaft*

- Neue Mittelschule (NMS)
- Überbetriebliche Lehrlingsausbildung (ÜBA) und Ausbildungsgarantie
- Integrative Berufsausbildung (IBA)
- Jugendcoaching
- Berufsreifepfprüfung, Lehre und Matura (Berufsmatura)
- Programm zum Nachholen von Bildungsabschlüssen

Qualität, Exzellenz und Attraktivität in der Berufsbildung

- Qualitätsinitiative Berufsbildung (QIBB)
- Peer Review in der beruflichen Erstausbildung
- Bildungsstandards in der Berufsbildung
- teilstandardisierte kompetenzorientierte Reife- und Diplomprüfung
- Ausbildungsnachweis zur Mitte der Lehrzeit
- Weiterbildungsakademie (WBA)
- Informationsplattform www.ausbilder.at
- Bericht zur Jugendbeschäftigung und Lehrlingsausbildung

Kreativität und Innovation

- Unternehmensführerschein
- Cooperatives offenes Lernen (COOL)
- kreativ & innovativ
- Mentoring für Migrant/innen

Finanzierung, Regulation der Lehrlingsausbildung

- Förderung von zusätzlichen/neuen Lehrstellen (Blum Bonus, BB II)
- generelle Lehrlingsförderungen, Ersatz für Berufsschulzeit nach Erweiterung und Fachenglisch
- Flexibilisierung der Lehrlingsbeschäftigung (Probezeitverlängerung, Verkürzung der Behaltezeit nach Abschluss)

Anmerkung: die Zuordnung der Maßnahmen zu den Kategorien wurde tw. verändert
Quellen: eigene Zusammenstellung aufgrund von Tritscher-Archan 2010, 2012

Diese Reformen betreffen v.a. die Modularisierung der Lehrberufe, die überbetriebliche Ausbildung und ‚Ausbildungsgarantie‘, QIBB, die Maßnahmen gegen ‚early school-leaving‘, Bildungsstandards und die Maturareform, sowie die Lehre mit Matura. Diese Maßnahmen sind aufgrund ihres sehr rezenten Charakters in ihrer Implementation wie in ihren Auswirkungen meistens noch nicht wirklich absehbar.

Die Europäische Berichterstattung über die Berufsbildungspolitik zeigt auch den inkrementellen Charakter der österreichischen Politik- und Entwicklungsmaßnahmen, indem in den meisten Bereichen viele kleine Interventionen berichtet werden, ohne dass größere Initiativen stattfinden. Darin spiegelt sich die Unterscheidung von radikaler und (unsichtbarer) inkrementeller Innovation, aufgrund derer der in der Öffentlichkeit verbreitete Eindruck entstehen kann, dass ‚nichts geschieht‘, obwohl de facto sehr vieles geschieht. Dieses Spannungsverhältnis ist eine alte Frage der sozialwissenschaftlichen Forschung über das Bildungswesen: Wie übersetzen sich die vielen laufenden Initiativen und Veränderungen in die strukturellen Gegebenheiten und welche Rolle spielen die organisatorischen und institutionellen Strukturen im Spannungsfeld zwischen Stabilität und Veränderung.

Im Folgenden werden die wichtigsten größeren Initiativen kurz charakterisiert und in ihrer Bedeutung im Gesamtrahmen diskutiert.

1. Qualitätsentwicklung und –sicherung: QIBB, Standards, Zentralmatura und Ausbildungsnachweis zur Mitte der Lehrzeit

Im Zuge der generellen bildungspolitischen Orientierung an der Etablierung von Qualitätssicherung, die sich seit 2004 entwickelt hat wurde auch im Bereich der Verwaltung der Berufsbildung ein umfassendes System, Qualität in der Berufsbildung (QIBB; <https://www.qibb.at/>)¹ aufgebaut (vgl. Timischl 2006; Tritscher-Archan 2010, Kap.6).¹ Diese Initiative steht auch im Zusammenhang mit der Entwicklung von Grundlagen für die Stärkung der Kompetenzorientierung (BMUKK/SII 2012a) sowie von Bildungsstandards für die Berufsbildung (BMUKK 2012b; Fritz/Staudecker 2010), sowie mit der Entwicklung der Zentralmatura auch für die BHS. Im Bereich der Lehrlingsausbildung wurde als erster Schritt etwas zeitverzögert 2008 eine Fördermaßnahme etabliert, die Anreize für Qualitätssicherungsmaßnahmen in Form einer Prämie setzt.

Die Qualitätsinitiative Berufsbildung ist die Strategie der Sektion Berufsbildung des BMUKK zur Einführung eines umfassenden Qualitätsmanagementsystems im österreichischen berufsbildenden Schulwesen. Im Fokus stehen die systematische Sicherung und Weiterentwicklung sowohl der Unterrichtsqualität als auch der Qualität der Verwaltungsleistungen.

Das Modell sieht vor, dass sowohl die Schulen, als auch die Schulaufsicht (Landesebene) und die Sektion Berufsbildung im BMUKK (Bundesebene) die zur Wahrnehmung ihrer zentralen Aufgaben erforderlichen Aktivitäten einer regelmäßigen Evaluierung und kontinuierlichen

¹ Vgl die umfassenden Materialien auf der Webpage von QIBB: <http://www.berufsbildendeschulen.at/de/downloads/qibb.html>; vgl auch die offiziellen aktuellen Beschreibungen in http://www.abc.berufsbildendeschulen.at/upload/1836_D_10%20-%20Qibb_Web%20%282011%29.pdf; und http://www.berufsbildendeschulen.at/fileadmin/content/qibb/Dokumente/Sonstige_Dokumente/11.1.2012_Webversion_QIBB-Folder_DE.pdf; sowie Paechter, 2009 und Timischl, 2006.

Verbesserung unterziehen. Die Grundprinzipien der Arbeit an der Prozess- und Ergebnisqualität sind auf den drei Ebenen gleich.

QIBB umfasst alle Schulbereiche des berufsbildenden Schulwesens, sowohl die Berufsschulen als auch die BMHS. Das Kernelement von QIBB besteht in einem Qualitätsmanagementsystem, das der systematischen Sicherung und Weiterentwicklung der Unterrichtsqualität und der Qualität der Verwaltungsleistungen dient. Im Fokus stehen damit sowohl das pädagogische Handeln (die Initiierung, Unterstützung und Begleitung von gesellschaftlich relevanten schulischen Bildungs- und Ausbildungsprozessen), als auch das Verwaltungshandeln (die Herstellung, Absicherung und Weiterentwicklung der für das Lehren und Lernen notwendigen Rahmenbedingungen).

Die Grundprinzipien der Arbeit an der Prozess- und Ergebnisqualität und die eingesetzten Qualitätsmanagementinstrumente sind auf allen drei Systemebenen gleich: Der Entwicklungsprozess folgt einem immer wieder zu durchlaufenden Qualitätsregelkreis nach dem Europäischen Rahmen mit den vier Phasen (1) Planen, (2) Umsetzen, (3) Evaluieren und Auswerten und (4) Überprüfen und Erkennen von Veränderungsbedarf. Die zentralen Elemente von QIBB umfassen das Leitbild, die Q-Matrix (Prozesse/Qualitätsfelder, Indikatoren), die interne Evaluierung, die Qualitätsberichte, die Management und Performance Reviews sowie eine externe Evaluierung nach einem adaptierten Peer-Review-Modell.

Die Beteiligung ist freiwillig und hat bereits eine weite Verbreitung bei den internen Maßnahmen erzielt (im Durchschnitt haben sich 2007 bereits drei Viertel der Schulen an dieser Initiative beteiligt), mit der Etablierung der Peer-Reviews wurde 2009/10 begonnen.

Ein wichtiges Element neben der formalisierten Zentralmatura für die schriftlichen Prüfungen ist die stärkere Etablierung einer projektorientierten Vorgangsweise für den mündlichen Teil der Abschlußprüfung. Dies wurde an den technischen Schulen schon längere Zeit erfolgreich praktiziert (Matura-Projekte haben es nicht selten bis zur Patentreife gebracht), und wird nun im BHS Bereich weiter verbreitet.

Die Lehrlingsausbildung ist in die Qualitätssicherung bisher fast nicht eingebunden, was auch der OECD-Berufsbildungs-Review als Schwachpunkt herausarbeitet. Es werden vorsichtige freiwillige Schritte gesetzt. Beispielsweise wurde mit dem „Ausbildungsnachweis zur Mitte der Lehrzeit“ eine Förderung in Höhe von 3.000 Euro pro Lehrling etabliert. Dafür müssen Lehrbetriebe folgende Maßnahmen erfolgreich setzen:

- pro Lehrling eine Ausbildungsdokumentation führen
- die Lehrlinge einen Praxistest zur Mitte der Lehrzeit erfolgreich ablegen, wobei alle Lehrlinge eines Jahrganges im Lehrbetrieb antreten müssen.

2. Erneuerung der beruflichen Strukturen und Inhalte: Modularisierung der Lehrberufe und Erneuerung der Lehrpläne

Mit der Novelle des Berufsausbildungsgesetzes im Jänner 2006 wurde nach langen Diskussionen die Möglichkeit der Modularisierung von Lehrberufen geschaffen. Damit wurde eine Möglichkeit gefunden, die Struktur der Lehrberufe zu modernisieren und gleichzeitig einen hohen Grad an Spezialisierung zu ermöglichen. Es wurde eine Lösung gefunden, die versucht, die Lehrberufe als holistische Einheiten aufrechtzuerhalten und eine Zerlegung in Module als selbständige Ausbildungseinheiten hintanzuhalten. Als formale Abschlüsse und Ziel der Ausbildung gelten nach wie vor die Lehrabschlüsse insgesamt. Damit soll der in der politischen Diskussion weithin gesehenen Gefahr einer Zerlegung der Ausbildungen in kleine Einheiten und damit auch einer Abwertung vieler Qualifikationen entgegengewirkt werden. Nach ökonomischen Analysen in der

Schweiz ist die Aufrechterhaltung der Dauer der Lehrzeit auch deshalb wichtig, weil in weiten Bereichen des Ausbildungsspektrums in den späteren Phasen der Ausbildung Erträge erwirtschaftet werden können, die den Investitionen in den frühen Phasen gegenüber stehen. Die Modularisierung entspricht einem bausteinartigen Aufbau der Lehrausbildung mit mehreren Kombinations- und Spezialisierungsmöglichkeiten. Ein Modullehrberuf setzt sich aus drei Arten von „Bausteinen“ zusammen:²

- Das Grundmodul dauert in der Regel zwei Jahre und beinhaltet jene Kenntnisse und Fertigkeiten, die den grundlegenden Tätigkeiten eines oder mehrerer Lehrberufe eines bestimmten Berufsbereiches entsprechen (IBW 2012, 7).
- Ein Hauptmodul dauert zumindest ein Jahr. Es beinhaltet jene über die Grundlagen hinausgehenden Kenntnisse und Fertigkeiten, die die typischen Qualifikationen eines Lehrberufes oder mehrerer Lehrberufe eines bestimmten Berufsbereiches ausmachen. Aufbauend auf ein Grundmodul kann es mehrere Hauptmodule geben.
- Ein Spezialmodul dauert ein halbes oder ein ganzes Jahr und vermittelt weitere Kenntnisse und Fertigkeiten, die speziellen Produktionsweisen und Dienstleistungen entsprechen.

Diese Reform wurde zunächst so angelegt, dass eine Grundstruktur als Möglichkeit festgelegt wurde, die dann auf Qualifikationen angewendet werden kann. D.h. es wurde nicht eine Strukturreform beschlossen, sondern die Möglichkeit, eine solche Reform nach Bedarf und Interesse in den Teilbereichen der Lehrlingsausbildung durchzuführen und die traditionellen Lehrberufe sukzessive in Modullehrberufe umzuwandeln.³

Nach dem aktuellen Stand der Lehrberufsliste (letzte Aktualisierung 2.7.2012)⁴ gibt es insgesamt 206 Lehrberufe, davon 9 Modullehrberufe (Installations- und Gebäudetechnik, Metalltechnik, Werkstofftechnik, Kraftfahrzeugtechnik, Holztechnik, Bekleidungsgestaltung, Elektronik, Elektrotechnik, und Glasbautechnik), diese ersetzen zusammen etwa 40 alte Lehrberufe, die bis 2013 auslaufen. In weiteren Berufsbereichen werden Möglichkeiten zur Modularisierung diskutiert. Bei den männlichen Lehrlingen sind vier Modullehrberufe (1.Metalltechnik, 2.Elektrotechnik, 3.Kraftfahrzeugtechnik und 4.Installations- und Gebäudetechnik) die häufigst besetzten Kategorien und umfassen etwa zwei Fünftel der Lehrlinge, bei den weiblichen Lehrlingen liegt Metalltechnik quantitativ an 10. Stelle mit nur 2% der Lehrlinge. In den Zahlen sind noch die Lehrlinge in den auslaufenden Vorläuferberufen enthalten, Auswirkungen sind noch nicht abschätzbar. Der zeitliche Verlauf in den Elektroberufen deutet jedenfalls nicht auf eine nennenswerte Steigerung der Lehrlingszahlen hin.

Im Bereich des berufsbildenden Schulwesens wird größter Wert darauf gelegt, die Lehrpläne periodisch zu erneuern. Aktuell ist eine Erneuerungswelle im Gange, in deren Zuge auch eine kompetenzorientierte Formulierung der Ziele angestrebt wird.

² Zur Illustration siehe <http://www.bic.at/downloads/at/themen/modularisierung.pdf>

³ Zur Illustration der Veränderungen vgl. beispielhaft für die Bereiche der Elektro- und Metalltechnik: <http://www.berufsinfo.at/newsletter/pdf/0212/b3.pdf>; http://portal.wko.at/wk/format_detail.wk?AngID=1&StID=584555&DstID=1328; http://portal.wko.at/wk/format_detail.wk?angid=1&stid=622867&dstid=0&titel=Berufs-%2Cund%2CBrancheninfo%3A%2CMetalltechnik

⁴ Siehe der aktuelle Lehrberufsliste: <http://lehrberufsliste.m-services.at/>; http://lehrberufsliste.m-services.at/download/lehrberufsliste_hoch.pdf

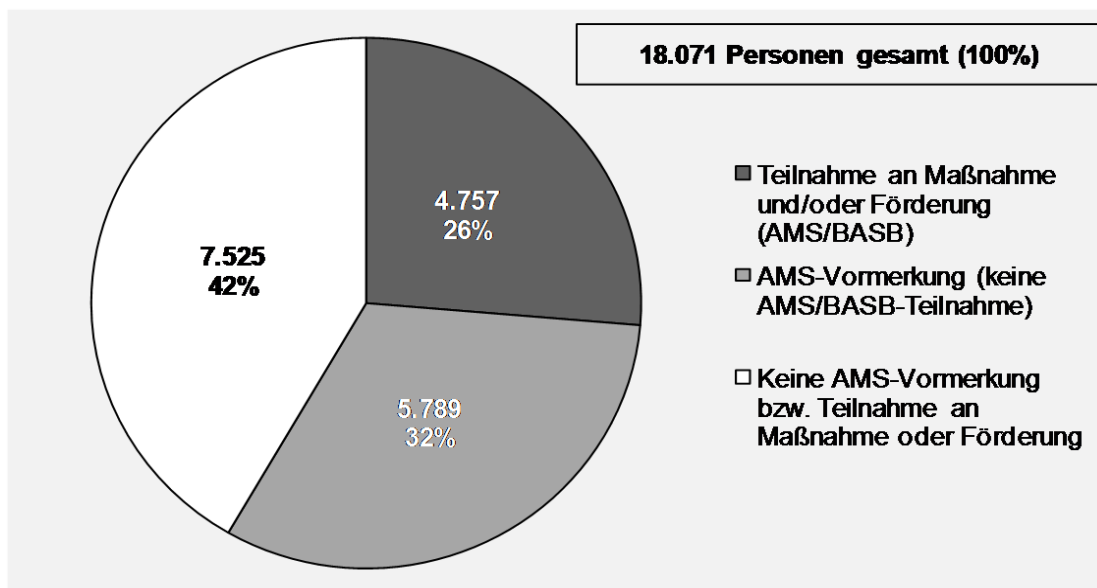
3. Arbeitsmarktpolitik, überbetriebliche Ausbildung (ÜBA) und ‚Ausbildungsgarantie‘

Da der Lehrstellenmarkt mit der wirtschaftlichen Entwicklung (Konjunktur) und den Entwicklungen am allgemeinen Arbeitsmarkt und dem Auf und Ab der Arbeitslosigkeit in Zusammenhang steht, treten periodisch Überangebote und Knappheiten auf, die ausbildungsextern verursacht sind. In Österreich ist es politische Tradition v.a. seit den 1980er Jahren, dass auf Diskrepanzen zwischen der Zahl der Lehrstellensuchenden und der Zahl der angebotenen Lehrstellen rasch und gegebenenfalls massiv reagiert wird. Die Reaktionen haben auf drei Ebenen stattgefunden, erstens eine Entlastung der Lehrbetriebe durch Vermehrung des Zuganges in das Schulwesen, zweitens verschiedene Formen der Förderung der Lehrlingsausbildung, drittens massive arbeitsmarktpolitische Förderungen. Es gibt einen Mix aus Förderungen und Erleichterungen für die Lehrbetriebe und aus flankierenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen – diese Maßnahmen werden jedoch kaum in ihrem Zusammenhang gesehen, vielmehr tendiert jede der Ebenen dazu, ihre eigenen Verdienste in den Vordergrund zu stellen. Insbesondere werden die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen oft in ihrem Gewicht unterschätzt. Der Jugendbericht hat dies ausführlich dargestellt (Lassnigg 2010, 2011). Eine Gesamtanalyse dieser Effekte ist daher bisher nicht verfügbar.

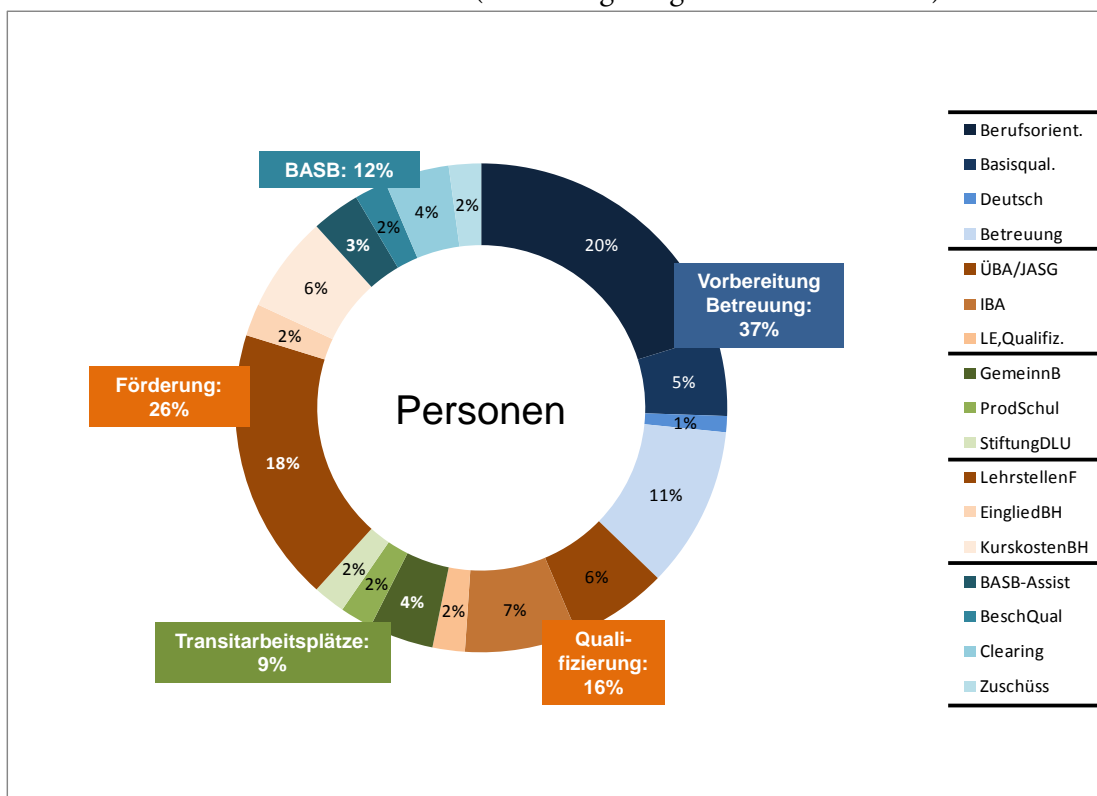
Verfügbare Evaluierungen konzentrieren sich v.a. auf die dritte Ebene der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, aber insbesondere das Zusammenspiel von Schule und Lehre ist schwer erfassbar. Trotz der immer gelobten und vergleichsweise niedrigen Jugendarbeitslosigkeit in Österreich sind etwas weniger als 200.000 15-24-Jährige im Jahr von Arbeitslosigkeit betroffen, und davon gehen bereits einige Zeit nach ihrem Erstausbildungsabschluss 20% in arbeitsmarktpolitische Qualifizierungsmaßnahmen über (absolut ca. 40.000 im Jahr). Die Größenordnungen der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen können anhand einer Analyse in Oberösterreich illustriert werden. Drei Fünftel eines Jahrganges haben bis zum Alter von 20 Jahren Kontakt mit dem AMS, etwa je zur Hälfte mit bzw. ohne Fördermaßnahmen, der kleinere Teil hatte keinen Kontakt mit dem AMS (vgl. Abbildung 1).

Die Maßnahmenteilnahme ist ein komplexes System von vielfältigen Maßnahmen, fast ein Drittel der Teilnehmer/innen haben bereits bis zum Alter von 20 Jahren mehr als drei Maßnahmen absolviert. Förderungen der Lehrlingsausbildung machen ca. ein Viertel der Personen und – aufgrund ihrer erhöhten Kostenintensität – fast 40% der Finanzen aus.

Abbildung 1:: AMS-Kontakte und arbeitsmarktpolitische Förderungen eines Schuleintritts-Jahrganges in Oberösterreich (1995/96) bis zum Alter von 20 Jahren.



Struktur der Maßnahmenteilnahmen (Verteilung der geförderten Personen)



Anmerkung: BASB=Bundesamt für Soziales und Behindertenwesen – Bundessozialamt; BH=Beihilfen; DLU=Deckung des Lebensunterhalts

Quelle: eigene Darstellung aufgrund von Vogtenhuber, Gottwald & Lassnigg, 2010.

3.1. *Jugendausbildungsförderungsgesetz (JASG) und Überbetriebliche Ausbildung (ÜBA)*

Ein Kernbereich der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen für Jugendliche waren die Maßnahmen im Bereich des Jugendausbildungsförderungsgesetzes (JASG), die darin bestanden, dass spezielle Einrichtungen für erfolglose Lehrstellensuchende eingerichtet wurden. Diese Maßnahmen wurden in der Periode zwischen 1998 und 2008 jährlich verlängert, und es hat sich dabei ein sehr komplexes Netz an Regelungen und bürokratischen Mechanismen entwickelt, damit keine parallele Struktur zur betrieblichen Lehre entsteht.⁵

Da sich jedoch im Laufe der Jahre die Einschätzung durchsetzte, dass die Lehrstellenprobleme nicht nur periodisch konjunkturell bedingt sind, sondern auch eine strukturelle Komponente haben, wurde nach längeren Auseinandersetzungen mit der ‚Überbetrieblichen Ausbildung (ÜBA)‘ eine institutionelle Form der Lehre als Nachfolgeinstitution zu den JASG-Maßnahmen im Berufsausbildungsgesetz (2010) verankert. Für behinderte und besonders benachteiligte Jugendliche wird die Integrative Berufsausbildung (IBA) in Form verlängerter Lehrzeit oder von Teilqualifikationen mit der individuellen Unterstützung einer Berufsausbildungsassistenz angeboten.

Die Kernbestimmungen der ÜBA (vgl. BMASK 2011, Kap II.V) bestehen darin, dass für Personen, die bei der Lehrstellensuche nicht erfolgreich sind, aber ansonsten als ‚job-ready‘ eingestuft werden, eine temporäre und verlängerbare Anstellung als Lehrling bei einer dafür akkreditierten nicht betrieblichen Institution oder Lehrwerkstätte (meistens WeiterbildungsanbieterInnen) möglich ist. Diese Anstellung erfolgt zu reduzierten Lehrlingslöhnen für zunächst ein Jahr (ist aber grundsätzlich in begründeten Fällen bei flexiblen Bestimmungen bis zum Lehrabschluss verlängerbar) es besteht Berufsschulpflicht, und der betriebliche Teil der Lehre wird durch Praktika erfüllt, die auf die Lehrzeit angerechnet werden, aber den Betrieben keine Kosten auferlegen, da die Entschädigung vom AMS getragen wird. Das Ziel besteht darin, die Jugendlichen möglichst rasch in eine betriebliche Lehre zu vermitteln, aber es besteht auch die Möglichkeit, im Rahmen der ÜBA einen Lehrabschluss zu erwerben. Dies kann z.B. dann der Fall sein, wenn Jugendliche bereits einen mehr oder weniger großen Teil der Lehre vorher absolviert haben, oder wenn ein besonderer Betreuungsbedarf besteht.

Mit dieser Maßnahme besteht nun eine kollektiv finanzierte institutionelle Alternative zur betrieblichen Lehrlingsausbildung, die in den letzten Jahren quantitativ ein beträchtliches Gewicht gewonnen hat. Grundsätzlich wird befürchtet, dass von dieser Maßnahme mittel- und längerfristig negative Anreizwirkungen auf das System der betrieblichen Ausbildung ausgehen könnten. Zweitens ist diese Maßnahme aufgrund der Übernahme der Lehrlingslöhne und der langen Dauer vergleichsweise kostenintensiv. Es gibt bereits einige Evaluierungen, deren Ergebnisse gemischt sind. Eine österreichweite umfassende Evaluierung (Bergmann, Lechner, Matt, Riesenfelder, Schelepa & Willsberger, 2011) untersuchte aufgrund von Administrativdaten die Verläufe der Teilnehmer/innen der Lehrgänge von 2008/09 und 2009/10 über eine Periode von bis zu zweieinhalb Jahren bis Ende Februar 2011. Fast ein Viertel hat die Maßnahme als Drop-out verlassen (23%). Von den Abgänger/innen erhöht sich der Anteil in normaler betrieblicher Lehre oder regulärer von 32% (23+9%) im ersten Monat nach Beendigung auf 35% (18+17%) ein Jahr nach Beendigung (die übrigen sind wieder arbeitslos: 17%; Out-of-Labour-Force: 22%; AMS-geförderter Lehre: 10%; fragmentierter Karriere: 17%); Absolvent/innen sind drei- bis siebenmal häufiger in einer normalen Lehre als Drop-outs, und gleich bis dreimal so

⁵ Vgl. die detaillierte Beschreibung der Veränderungen in BMASK, 2010 S.145-148.

häufig in regulärer Beschäftigung. Ein einfaches Szenario einer Kosten-Einnahmen Saldierung über 10 Jahre ergibt für die günstigeren ÜBA-Varianten einen positiven rechnerischen Saldo gegenüber einer Nicht-Teilnahme in der Größenordnung von über 50.000 EURO pro Teilnehmer/in (die Einnahmen fließen ceteris paribus über viel längere Zeiträume als die Ausgaben). Auch die Evaluierung in Oberösterreich zeigt, dass im Laufe von vier Jahren nach dem Ende der Maßnahme der Anteil der Beschäftigten nur in der Größenordnung von 50-60% liegt; drei Jahre nach Maßnahmenende ist noch etwa ein Drittel in einer Lehre und der Anteil der Beschäftigten + Lehre liegt um etwa 10 Prozentpunkte höher (ähnlich wie in Tirol; vgl. Vogtenhuber et al. 2010b, S.138) – auffallend zwischen dem dritten und vierten Jahr ist eine deutliche Steigerung des Status Kinderbetreuung bei jungen Frauen. Die ÜBA zeichnet sich dadurch aus, dass sie im Berufsausbildungsgesetz als eigener institutioneller Rahmen etabliert wurde. Wenn man die quantitative Entwicklung der Lehrlingsausbildung seit 1990 betrachtet, so ist festzustellen, dass die institutionellen Formen zwar einen kleinen Anteil von ca. 5% ausmachen, aber der einzige mittelfristig deutlich wachsende Bereich waren.

4. Maßnahmen gegen ‚Early School Leaving‘, ‚Jugendcoaching‘ und ‚Nachholen von Bildungsabschlüssen‘

Verringerung von ‚Early School Leaving‘ ist eine der Prioritäten der Europäischen Politik, die auch in Österreich aufgegriffen wird. Es gibt dafür eine Europäische Benchmark, von der Österreich nicht weit abweicht. Nach dem Europäischen Indikator sind etwa 10% eines Jahrganges betroffen, es wird geschätzt, dass etwa 5% eines Jahrganges keinen Pflichtschulabschluss erwerben. Die Gruppe der Jugendlichen, die keine ausreichenden Grundkompetenzen erwirbt ist nach den PISA-Ergebnissen aber mit 20-30% viel größer. Diese Thematik wurde bereits im NBB 2009 in zwei Beiträgen behandelt (Schneeberger 2009, Steiner 2009). Seither wurden auf nationaler Ebene zwei Programme entwickelt, die dieser Problematik präventiv bzw. kurativ begegnen sollen.

- Präventiv: nationales Programm Jugendcoaching seit Jänner 2012, Implementation wird in zwei Bundesländern begonnen⁶ (vgl. www.neba.at)

- Kurativ: nationales Programm zum Nachholen von Bildungsabschlüssen (Hauptschulabschluss)⁷ Das *Jugendcoaching* ist ein Programm des BMASK unter Beteiligung des BMUKK. Es richtet sich an alle SchülerInnen des neunten Schuljahrs, die individuelle Beeinträchtigungen oder soziale Benachteiligungen aufweisen oder gefährdet sind, keinen Abschluss auf der Sekundarstufe eins oder zwei zu erreichen ("early school leavers"). Das Programmziel ist, sie so lange wie möglich im (Aus-)Bildungssystem zu halten oder zu reintegrieren. Daneben fallen Jugendliche bis 19 Jahre in die Zielgruppe, die sich weder in Ausbildung noch in Beschäftigung befinden ("systemferne" Jugendliche) sowie Jugendliche bis 25 Jahre, wenn ein sonderpädagogischer Förderbedarf vorliegt.

⁶ Siehe <http://www.neba.at/jugendcoaching/warum.html>

⁷ Vgl.

http://erwachsenenbildung.at/bildungsinfo/zweiter_bildungsweg/nachholung_pflichtschulabschluss.php#allgemeines; sowie Nachholen des Hauptschulabschlusses in https://www.initiative-erwachsenenbildung.at/fileadmin/docs/PPD%202011_09_15_Letzfassung.pdf

Es handelt sich um ein Angebot an Beratung, Begleitung und Betreuung bis zur nachhaltigen Integration der Jugendlichen in ein (weiterführendes) (Aus-) Bildungssystem. Das Jugendcoaching wird seit Jänner 2012 in zwei Bundesländern pilotiert.

Laut Programmplanungsdokument „Initiative Erwachsenenbildung“ (S. 26f) richtet sich das Programm „*Nachholen des Hauptschulabschlusses*“ an Jugendliche und Erwachsene, welche keinen positiven Abschluss der 8. Schulstufe haben sowie an Jugendliche und Erwachsene, welche die 4. Klasse Hauptschule in einzelnen Gegenständen negativ abgeschlossen haben und diese Fächer nun absolvieren wollen, um ein positives Gesamtzeugnis zu erhalten.

Zu den wesentlichen Elementen des Angebots zählen:

- eine (gegebenenfalls in die Maßnahme integrierte) Clearingphase zur Kompetenzfeststellung sowie die Erarbeitung eines individuellen Entwicklungsplans/ einer zielgruppenadäquaten Erarbeitung des Kerncurriculums;
- bedarfsgerechte Vertiefungsangebote zur individuellen Förderung bzw. Zusatzangebote zur Sicherung des Lernertrags (Lernhilfe, IT-Kompetenzen,...)
- Kontinuierliche Lernbegleitung (z.B. durch Coaching-Angebote, sozialpädagogische Betreuung usw.) sowie Übergangsberatung bzw. Schnittstellenbetreuung (z.B. Richtung AMS)
- Aktivitäten- und Erfolgsmonitoring sowie Mitwirkung an der Programmevaluierung.

Die Vorbereitungslehrgänge werden von verschiedenen Einrichtungen der Erwachsenenbildung angeboten; die Vorbereitung kann jedoch auch im Selbststudium erfolgen. Die Dauer beträgt ein bis zwei Jahre je nach Ausbildungsstand. Die einzelnen Teilprüfungen werden vor einer Externistenprüfungskommission an einer Schule abgelegt. Die Kurse werden vom BMUKK, Abteilung Erwachsenenbildung, kostenlos bzw. mit einer geringen Kursgebühr und Freipätzen angeboten.

Diese beiden Programme stehen erst am Beginn der Implementation, und bei ihrer Konzeption wurden Erfahrungen aus Projekten mit dieser Zielgruppe berücksichtigt, wobei Lernkontexte, die sich von konventionellen schulischen Formen unterscheiden, ein Erfolgsfaktor sind. Der Policy-Bericht 2012 beschreibt auch eine *Reihe von kleineren und größeren Projekten und Initiativen*, die bereits in verschiedenen Formen und von verschiedenen Ansatzpunkten meist auf regionaler oder lokaler Ebene die Probleme des frühen Schulabbruches bearbeiten (IBW 2012, Teil II, S.3-4). Es handelt sich dabei v.a. um Ansprechstellen für Jugendliche im Falle von Problemen oder Nachhilfe und Case Management Angebote.

Ein spezieller Ansatz sind die sog. *Produktionsschulen*, deren allgemeiner Ansatz in „Qualifizierung durch produktives Tun – in einer relativ festen Tagesstruktur“ (Bergmann & Schelepa, 2011, S.24) besteht. Allgemeine Merkmale der 16 ausgewerteten österreichischen Produktionsschulen sind zu 100% Berufsorientierung, sozialpädagogische Begleitung, Praktika und Aufholen schulischer Grundkenntnisse, zwei Drittel bieten auch Freizeitangebote an (ebd., S.30), wichtig ist der flexible laufende Ein- und Ausstieg.. Dieser Maßnahmentyp ist klein (2010 wurden ca. 1.500 Teilnehmer/innen gezählt, insgesamt bis 2010 ca. 3.000), die durchschnittliche Teilnahmedauer beträgt 4 bis 5 Monate gezählt. Die wichtigsten Zielsetzungen sind (ebd. S.53-54):

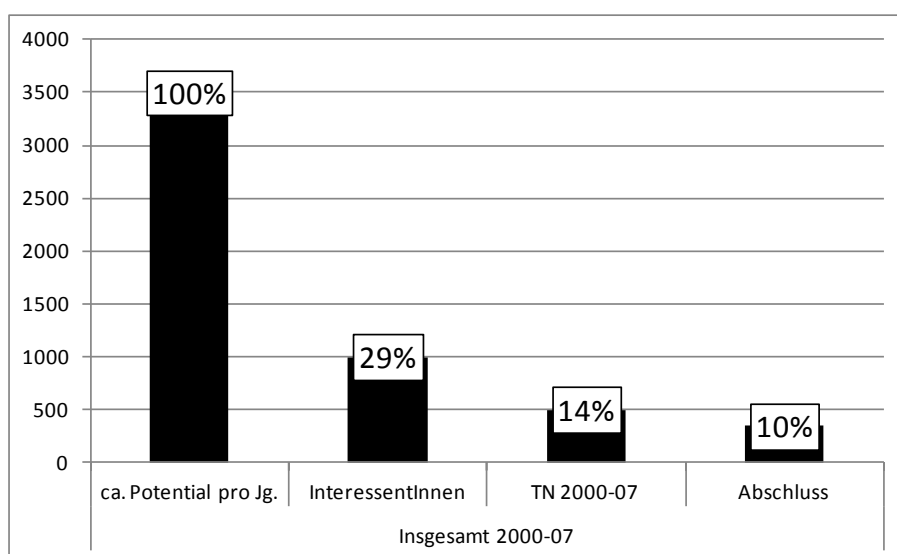
- 1) Stabilisierungs- und Nachreifungsfunktion (Steigerung des Selbstwertgefühls, Persönlichkeitsentwicklung, Vorbereitung für weitere Maßnahmen oder den Arbeitsmarkt)
- 2) Basisqualifizierungsfunktion (fachliche und schulische Grundkenntnisse)
- 3) Berufsorientierungsfunktion (Überblick über Arbeitsmarkt, Einblick in die reale Arbeitswelt)
- 4) Übergangsfunktion (Erhöhung der Vermittlungschancen oder direkter Übergang Arbeitsmarkt, Lehrstelle, andere Maßnahme)

Auswertungen der Administrativdaten, die etwaige Übergänge in Bildungsmaßnahmen außerhalb des arbeitsmarktpolitischen Spektrums nicht erfassen, ergeben unmittelbar 24% nicht geförderte Beschäftigung oder Qualifizierung (17+7%), nach einem Jahr 42% (33+9%), diese Werte sind besser als bei der ÜBA/IBA.

Ein generelles Kennzeichen dieser Maßnahmen ist wiederum eine hohe Selektivität, die exemplarisch an den Hauptschulkursen in Tirol gezeigt werden kann (Abbildung 2; vgl. Vogtenhuber, Pessl, Leitner & Gottwald, 2010). Verallgemeinernd ist festzustellen, dass im Bereich der benachteiligten Jugendlichen mit schlechten oder fehlenden Schulerfolgen die Arbeitsmarktpolitik dem Bildungswesen die Funktion einer Reintegration abnimmt, und nicht nur das, sondern dass das Schulwesen auch für einen Wiedereinstieg nicht offen ist.

„Generell macht das österreichische Schulsystem Jugendlichen einen Wiedereinstieg in dieses nicht leicht. Zwar gibt es die Möglichkeit des externen Nachholens des Hauptschulabschlusses, aber ein Wiedereinstieg oder ein verspäteter Neueinstieg in eine weiterführende Schule sind in der Regel nicht vorgesehen. Neumotivierte Jugendliche sind hinsichtlich einer Anschlussperspektive zumeist auf eine betriebliche Ausbildung oder eine arbeitsmarktpolitische Qualifizierungsmaßnahme beschränkt. Eine stärkere Öffnung des Schulsystems für Wieder- und verspätete NeueinsteigerInnen oder die Schaffung adäquater Alternativen wäre hier eine wünschenswerte Angebotserweiterung.“ (Bergmann & Schelepa, 2011, S.69)

Abbildung 2: Selektivität der Hauptschulkurse am Beispiel Tirol



Quelle: eigene Berechnung und Darstellung aufgrund von Vogtenhuber, Pessl, Leitner & Gottwald, 2010.

5. Lehre mit Matura

Seit 2008 wird ein Programm „Lehre mit Matura“ aufgesetzt, das es ermöglicht, neben der Lehrlingsausbildung einen Maturaabschluss zu erwerben. Im Zuge dessen können sich Lehrlinge bereits während ihrer Lehrausbildung kostenfrei auf die Berufsreifeprüfung vorbereiten. Im Mai 2011 nahmen insgesamt 6% aller Lehrlinge, d.s. über 7.000 Personen, an einer „Lehre mit Matura“ teil (Dornmayr & Nowak, 2011: 45).

Das Programm ermöglicht, dass Lehrlinge zusätzlich zu ihrer praktischen Lehrausbildung die Reifeprüfung erwerben könnten. Die Lehrlinge können bereits vor der Lehrabschlussprüfung drei von vier Teilprüfungen (Deutsch, lebende Fremdsprache, Mathematik und ein Fachbereich aus dem jeweiligen Lehrberuf) für die Berufsmatura ablegen; die letzte Teilprüfung mit Erreichen des 19. Lebensjahres (<http://www.bmukk.gv.at/berufsmatura>).

Der Bund übernimmt die Kosten für die Maturavorbereitung. Im Vollausbau sollen nach heutiger Schätzung rund 1.600 Lehrlinge pro Jahrgang von diesem Angebot profitieren. Weder für die Vorbereitungskosten noch für die Prüfungen zur Berufsmatura fallen für die Lehrlinge Kosten an. Die Bildungsanbieter erhalten für jeden Jugendlichen einen Förderbetrag für die Vorbereitungskurse in Höhe von maximal 6.000 Euro (<http://www.bmukk.gv.at/berufsmatura>).

Je nach regionalen Gegebenheiten werden Ausbildungsmodelle konzipiert und mit dem Bildungsministerium abgestimmt. In jedem Bundesland wird von der Landesregierung eine Trägerorganisation nominiert. Diese erstellt in Kooperation mit Bildungsanbietern ein Ausbildungsmodell, das vom Bildungsministerium geprüft und genehmigt wird. Dadurch wird österreichweit hohe Qualität gewährleistet (<http://www.bmukk.gv.at/berufsmatura>).

Mit diesem Angebot wird auch in Österreich vergleichsweise spät versucht, die Lehrlingsausbildung an das höhere Bildungswesen institutionell anzubinden (vgl. Winkler, 2008; sowie eine nähere Analyse in Lassnigg, 2012).

Literatur

- Bergmann, Nadja & Schelepa, Susanne (2011). *Bestandsaufnahme der österreichischen Produktionsschulen* (Forschungsbericht). Wien: L&R Sozialforschung. Zugriff am 15.10.2012 von http://www.esf.at/esf/wp-content/uploads/Eine-Bestandsaufnahme-der-%C3%B6sterreichischen-Produktionsschulen_LR_2011.pdf
- Bergmann, Nadja, Lechner, Ferdinand, Matt, Ina, Riesenfelder, Andreas, Schelepa, Susanne & Willsberger, Barbara (2011). *Evaluierung der überbetrieblichen Lehrausbildung (ÜBA) in Österreich* (Forschungsbericht). Wien: L&R Sozialforschung. Zugriff am 15.10.2012 von http://www.lrsocialresearch.at/files/Endbericht_UeBA_Evaluierung_final_LR.pdf
- BMASK-Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (2010). *Aktive Arbeitsmarktpolitik in Österreich 1994-2010*. Wien: BMASK. Zugriff am 15.10.2012 von http://www.pakte.at/attach/aktive_amp_1994-2010.pdf
- Dornmayr, Helmut & Nowak, Sabine (2011). *Lehrlingsausbildung im Überblick 2011. Strukturdaten, Trends und Perspektiven* (Forschungsbericht Nr. 163). Wien: ibw. Zugriff am 15.10.2012 von <http://www.bmwfj.gv.at/Berufsausbildung/LehrlingsUndBerufsausbildung/Documents/Lehrlingsausbildung%20im%20%C3%9Cberblick.2011.pdf>
- Fritz, Ursula & Staudecker, Eduard (2010). *Bildungsstandards in der Berufsbildung. Kompetenzorientiertes Unterrichten*. Wien: Manz (online lesbar: Zugriff am 15.10.2012 von <http://sbx.manzschulbuch.at/onlineblaettern/Bildungsstandards/>)
- Lassnigg, Lorenz (2010). *Materialien zum Arbeitsmarkt für Jugendliche in Österreich*. Internet-Ergänzung zum Kapitel Arbeitsmarkt im Jugendbericht. Wien: IHS. Zugriff am 15.10.2012 von <http://www.equi.at/dateien/materialbd-jugend-am.pdf>
- Lassnigg, Lorenz (2011). Arbeitsmarktbedingungen und Beschäftigung. In: BMWFJ (Hrsg.), *6. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich* (Kapitel 3.4, S. 133-154) Wien: BMWFJ. Zugriff am 15.10.2012 von http://bmwa.cms.apa.at/cms/content/attachments/1/9/7/CH0618/CMS1315399105832/sechster_jugendbericht_tei_1_a_b.pdf
- Lassnigg, Lorenz (2011, Juli). *Berufsbildung, akademische Bildung, Akademisierung der Berufswelt – Entwicklungen, Erfahrungen und Diskurse in Österreich*. Beitrag zum Workshop ‚Akademisierung der Berufswelt?‘ der Arbeitsgemeinschaft Berufsbildungsforschungsnetz (AG BFN) am 7./8. Juli 2011 in Kassel, Revidierte Fassung für den Tagungsband, Juni 2012.

- Lenger, Birgit, Löffler, Roland, Dornmayr, Helmut, unter Mitarbeit von Bernadette Allinger (2010). *Jugendliche in der überbetrieblichen Berufsausbildung. Eine begleitende Evaluierung* (Forschungsbericht). Wien: ÖIBF & IBW. Zugriff am 15.10.2012 von <http://www.ocibf.at/db/calimero/tools/proxy.php?id=14394>
- Löffler, Roland & Helling, Kathrin (2011). *Überbetriebliche Lehrlingsausbildung in Tirol. Evaluierung des Maßnahmenzeitraums 2009/2010* (Forschungsbericht). Wien: ÖIBF. Zugriff am 15.10.2012 von http://content.tibs.at/pix_db/documents/Evaluierung_UEBA_Endbericht.pdf
- Paechter, Manuela (2009). The QIBB quality initiative of the vocational training system in Austria. *European Journal of Vocational Training*, 48, 2009/3, 167-183. Zugriff am 15.10.2012 von http://www.cedefop.europa.eu/EN/Files/EJVT48_en.pdf (dt. Version: http://www.berufsbildendeschulen.at/fileadmin/content/qibb/Dokumente/Studien_u._Literatur/EJVT48-3-2009_DE_Paechter_QIBB.pdf)
- Timischl, Werner (2006). *QIBB. Qualitätsinitiative Berufsbildung. Die Initiative der österreichischen Berufsbildung für Sicherung und Weiterentwicklung der Qualität im Schulwesen*. Beitrag zur Tagung der Generaldirektoren/innen für Berufsbildung im Rahmen der österreichischen EU-Präsidentschaft 27.- 28. März 2006. Wien: BMBWK. Zugriff am 15.10.2012 von http://www.bmukk.gv.at/medienpool/18058/ws7_qibb_vet_quality_initiat.pdf
- Tritscher-Archan, Sabine (Hrsg.). (2010). *Brücke in die Zukunft: Europäische Berufsbildungspolitik 2002-10. Nationaler Bericht Österreichs* (Forschungsbericht). Wien: ReferNet Austria & Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft (ibw).
- Tritscher-Archan, Sabine, Hrsg. (2012). *Policy Bericht 2012. Fortschritte auf dem Weg zur Erreichung der kurzfristige Ziele aus dem Brügge Kommuniqué. Nationaler Bericht aus Österreich*. Wien: ReferNet Austria. Zugriff am 17.1.2013 von http://www.refernet.at/index.php/component/docman/doc_download/387-policyreport2012atde
- Vogtenhuber, Stefan, Gottwald, Regina & Lassnigg, Lorenz, unter Mitarbeit von Johanna Brandl (2010). *Evaluierung von Beschäftigungsmaßnahmen für Jugendliche in Oberösterreich*. (Forschungsbericht). Wien: IHS. Zugriff am 15.10.2012 von http://www.equi.at/dateien/IHS-Evaluierung_AKOOE_Nov10.pdf
- Vogtenhuber, Stefan, Gottwald, Regina, Leitner, Andrea & Pessl, Gabriele (2010). *Evaluierung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen und Förderungen für Jugendliche in Tirol* (Forschungsbericht). Wien: IHS. Zugriff am 15.10.2012 von http://content.tibs.at/amg/div/Eval_Jugendbeschaeftigung_Endbericht_LANG.pdf
- Vogtenhuber, Stefan, Pessl, Gabriele, Leitner, Andrea & Gottwald, Regina (2010). *Evaluierung Berufskundliche Hauptschulkurse für Jugendliche in Tirol* (Forschungsbericht). Wien: IHS. Zugriff am 15.10.2012 von http://content.tibs.at/pix_db/documents/Evaluierung_HS-Kurse.pdf
- Winkler, Edith (2008). *Durchlässigkeit im österreichischen Fachhochschulsektor in politischen Steuerungs- und Entscheidungsprozessen*. Diplomarbeit. Wien: Universität.